

- 2 **Globale Mindeststeuer** „Ein großer Schritt für mehr Steuergerechtigkeit“
- 3 **Wirtschaft** Arbeitskosten trotz Kurzarbeit stabil
- 4 **Wohnen** Mehr als zwei Millionen Mieter in prekärer Lage
- 6 **Coronakrise** Weniger Job-Angst, aber hohe Unzufriedenheit
- 7 **Mitbestimmung** Mehr CSR dank Mitbestimmung

MINDESTLOHN

Mehr Mindestlohn, mehr Wachstum

Eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro täte der gesamten Volkswirtschaft gut.

Eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland auf zwölf Euro pro Stunde brächte unmittelbar rund acht Millionen Beschäftigten eine Verbesserung ihres Lohns, zusätzlich dürfte eine Anhebung auch auf Löhne etwas über zwölf Euro ausstrahlen. Sie würde die deutsche Wirtschaftsleistung langfristig um rund 50 Milliarden Euro im Jahr steigern und die Staatseinnahmen um jährlich 20 Milliarden Euro. Die Beschäftigung würde hingegen langfristig nicht negativ beeinflusst. Das ergibt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der Wirtschaftswissenschaftler Tom Krebs und Moritz Drechsel-Grau von der Universität Mannheim.

Wird der Mindestlohn auf zwölf Euro erhöht, steigert das die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität langfristig um knapp ein Prozent, so die Forscher. Der Grund: Ein höherer Mindestlohn bewirkt eine Verlagerung der Beschäftigung von weniger produktiven Jobs zu solchen mit höherer Produktivität – die sogenannte „Produktivitätspeitsche“. Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität war auch nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 zu beobachten.

Zu nennenswerten Arbeitsplatzverlusten käme es nach den Berechnungen der Forscher nicht. Es gäbe

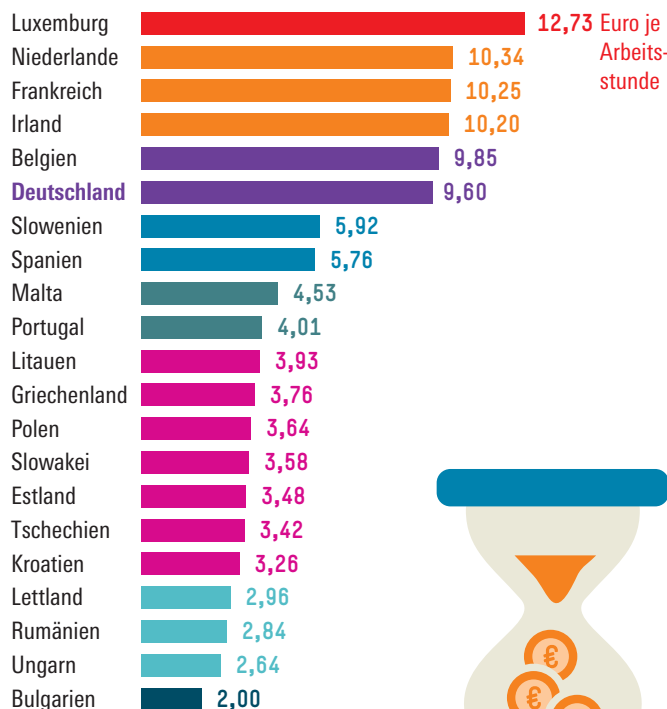
aber eine Verschiebung: Einem Rückgang bei den Minijobs steht ein ebenso großer Anstieg bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teil- und Vollzeit gegenüber. Vorteil dabei: Sozialversicherungspflichtige Jobs sind deutlich besser abgesichert und stabiler. Etwa durch Kurzarbeit, wie sich gerade in der Coronakrise gezeigt hat.

Was befürchtete Jobverluste infolge eines höheren Mindestlohns betrifft, erinnern die Mannheimer Forscher an die Fehlprognosen von Ökonomen, die bei der Einführung

des Mindestlohns Beschäftigungsverluste im sechsstelligen Bereich vorhergesagt hatten – auf der Basis von vereinfachten neoklassischen Lehrbuchmodellen, die nicht mehr auf der Höhe der Zeit seien. In der modernen Arbeitsmarkttheorie dagegen könne „ein Mindestlohn sehr wohl positive Effekte auf Beschäftigung und Output entfalten“. Dabei würden etwa die wirtschaftlichen Nachteile berücksichtigt, die sich für Unternehmen ergeben, wenn Beschäftigte bei schlechter Bezahlung wenig motiviert arbeiten oder sich einen neuen Job suchen – mit der Folge, dass Stellen oft neu besetzt werden müssen. <

Kein Spitzenplatz für Deutschland

So hoch ist der Mindestlohn in ...



Stand: Januar 2021; Deutschland: 1. Juli 2021
Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2021

„Ein großer Schritt für mehr Steuergerechtigkeit“

Die Einigung auf eine weltweite Mindeststeuer für Großkonzerne ist ein Meilenstein im Kampf gegen Steuerdumping. Allerdings kann bei der Umsetzung noch einiges schiefgehen, sagt der Wirtschaftsweiser Achim Truger. Im Interview erklärt er, wer Gewinner und Verlierer sein könnten.

Die Finanzminister der größten Handels- und Industriestaaten haben sich darauf geeinigt, dass Großkonzerne weltweit eine Mindeststeuer auf ihre Gewinne zahlen müssen. Wird damit globale Steuervermeidung endgültig abgestellt?

Truger: Nein, ganz so weit ist es noch nicht. Die Einigung ist aber ein großer Schritt gegen den globalen Steuersenkungswettlauf und für mehr internationale Steuergerechtigkeit. Internationale Konzerne werden sich schwerer der Besteuerung entziehen können, indem sie Staaten gegeneinander ausspielen.

Auf welcher Grundlage wird die Steuer bemessen?

Bislang verlagern viele internationale Konzerne aus steuerlichen Gründen Gewinne in Tochterunternehmen in Niedrigsteuerrändern, um Steuern zu sparen. Liegt künftig die Besteuerung unter 15 Prozent, darf das Heimatland die Differenz zu den 15 Prozent für sich beanspruchen. Dadurch sinkt der Anreiz für die Gewinnverlagerung massiv. Ursprünglich war die neue US-Regierung mit 21 Prozent Mindestbesteuerung angetreten. Das wäre auch sinnvoll gewesen, weil es die Wirkung verstärkt hätte. Die 15 Prozent sind ein Kompromiss, der für die meisten Länder zustimmungsfähig war.

Welche Fragen sind noch offen? Wie groß ist die Gefahr, dass die Regelung bis zur Umsetzung noch verwässert wird?

Es müssen noch eine ganze Reihe von Details geklärt werden. Welche Ausnahmen werden einzelnen Ländern und Sektoren gewährt? Wie viele Länder sind am Ende wirklich bereit mitzumachen? Worauf genau wird die Mindeststeuer entrichtet? Manche Großkonzerne – beispielsweise Amazon – könnten der Steuer entgehen, weil ihre Gewinnmarge nicht hoch genug ist. Da kann tatsächlich noch einiges schiefgehen. Vor allem besteht die Gefahr, dass es noch lange dauert. Nachdem sich endlich auch die USA aktiv für eine Einigung einsetzen, sind die Chancen trotzdem so gut wie lange nicht.

Wer profitiert von einer globalen Mindeststeuer, wer verliert?

Gewinnen werden vor allem national tätige mittelständische Unternehmen, deren unfairer steuerlicher Wettbewerbsnachteil wegfällt. Verlieren werden große international tätige Konzerne, die in Zukunft mehr Steuern zahlen müssen. Und natürlich gewinnt der Fiskus und damit die Gesamtheit der Steuerzahlenden in den vom Steuerdumping betroffenen Ländern.

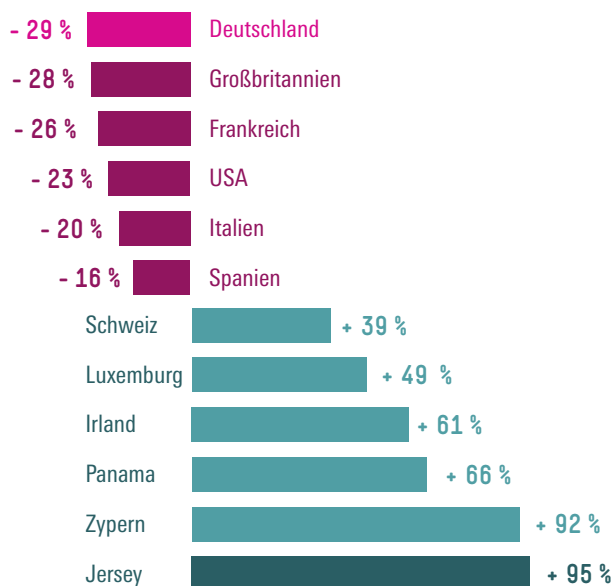
Wie sind die Auswirkungen auf Unternehmen und öffentliche Finanzen in Deutschland?

Das wird stark von der genauen Ausgestaltung abhängen. Von den deutschen Unternehmen wären von der Mindeststeuer wohl weniger als 1000 mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro betroffen. Das Steueraufkommen in Deutschland könnte je nach Schätzungen um einige 100 Millionen oder einige Milliarden steigen. Gemessen am Gesamtsteueraufkommen von 800 Milliarden Euro keine Riesensumme, aber durchaus spürbar. <

Achim Truger ist Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Steuervermeidung: Deutschland ist großer Verlierer

So wirkt sich die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen auf die Unternehmenssteuern* aus in ...



*verglichen mit den zu erwartenden Einnahmen
Quelle: Zucman u.a. 2021

Arbeitskosten trotz Kurzarbeit stabil

2020 haben die Arbeitskosten in Deutschland trotz des Kurzarbeits-Effekts nur moderat zugenommen – weniger als im EU-Durchschnitt.

In der Coronakrise haben Kurzarbeit und staatliche Unterstützungszahlungen an Unternehmen mehrere Millionen Arbeitsplätze gesichert. So konnten Arbeitslosigkeit, Insolvenzen und gesamtwirtschaftliche Nachfrageeinbrüche verhindert werden. Viele Unternehmen können ihre Aktivitäten in der abklingenden Krise mit eingespielten Belegschaften wieder hochfahren. Die Arbeitskosten pro Stunde haben sich im Krisenjahr recht stabil entwickelt – obwohl Kurzarbeit sie tendenziell in die Höhe treibt, weil die Arbeitszeit oft stärker zurückgeht als die Aufwendungen für Löhne, Sonderzahlungen oder Weiterbildung. 2020 sind die Arbeitskosten um 2,3 Prozent gestiegen und damit etwas schwächer als 2019. Das zeigt eine Untersuchung des IMK.

Trotz der weit verbreiteten Kurzarbeit und der im internationalen Vergleich relativ geringen Beschäftigungsverluste war der Zuwachs auch niedriger als im EU-Durchschnitt von 2,7 Prozent. Damit rangiert die Bundesrepublik 2020 bei den Arbeitskosten für die private Wirtschaft weiterhin im oberen Mittelfeld Westeuropas, auf Position sieben in der EU.

Stärker von der Pandemie betroffen waren die Lohnstückkosten, die die Arbeitskosten zum Wert der produzierten Güter und Dienstleistungen ins Verhältnis setzen. Denn die Produktivität der Wirtschaft sank durch den zeitweiligen Zusammenbruch von Lieferketten und millionenfache Kurzarbeit. Die Lohnstückkosten sind im Jahresdurchschnitt 2020 um 4,2 Prozent gestiegen, sinken allerdings seit dem zweiten Halbjahr wieder. Das IMK rechnet im Jahresdurchschnitt 2021 mit einem spürbaren Rückgang der Lohnstückkosten um 2,1 Prozent und 2022 um 1,2 Prozent.

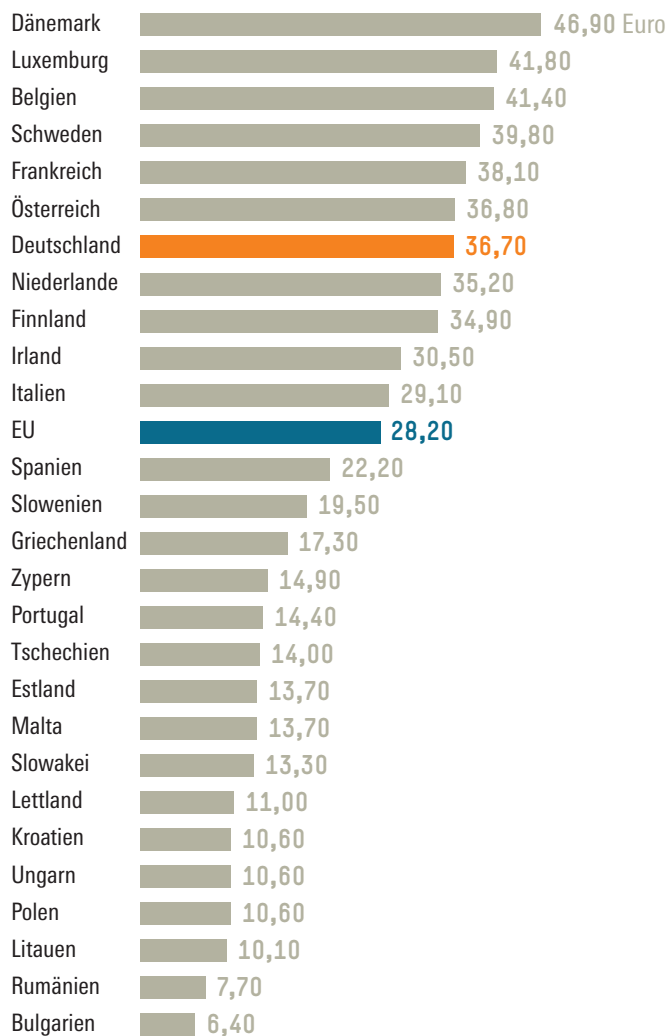
Zudem haben die deutschen Lohnstückkosten selbst mit dem jüngsten, vergleichsweise kräftigen Anstieg in den vergangenen 20 Jahren im Mittel nur um 1,4 Prozent jährlich zugenommen – langsamer als im Durchschnitt des übrigen Euroraums, wo die Rate 1,6 Prozent betrug. Das IMK weist darauf hin, dass selbst dieser Wert zu niedrig und nicht mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2 Prozent vereinbar ist.

„Diese und viele weitere Daten zeigen: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ungebrochen hoch. Und unterstützt durch eine engagierte Anti-Krisen-Politik ist sie stark genug, eine Ausnahmesituation wie die Corona-Pandemie ohne große Verwerfungen durchzustehen“, sagt Alexander Herzog-Stein, IMK-Arbeitsmarktexperte. So ging beispielsweise der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz zwar im Corona-Jahr etwas zurück. Er blieb mit 6,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aber weiterhin sehr groß und verletzte im zehnten Jahr in Folge die ohnehin schon sehr hohe EU-Obergrenze von 6 Prozent. 2021 dürfte er nach der IMK-Prognose wieder um einen Prozentpunkt ansteigen.

Viele internationale Ökonomen und Politiker kritisieren das immense Plus im deutschen Außenhandel als Störfaktor für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Auch der

Arbeitskosten bleiben überschaubar

So hoch waren die Arbeitskosten je Stunde 2020 in ...



Quelle: IMK 2021

Hans Böckler
Stiftung

Euroraum weist seit Jahren einen deutlichen Überschuss auf; selbst im vergangenen Jahr betrug der Leistungsbilanzüberschuss 2,6 Prozent des BIP. Vor diesem Hintergrund betrachtet das IMK eine schwache Lohnentwicklung in Deutschland und im Euroraum als riskant für die Stabilität der Weltwirtschaft. Die Ökonomen raten zu einer weiterhin expansiven Geld- und Fiskalpolitik. Denn durch kräftige öffentliche Investitionen und eine insgesamt dynamischere wirtschaftliche Entwicklung ließen sich einerseits die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besser bewältigen, andererseits stiegen dadurch auch die Einkommen der Beschäftigten. <

Quelle: Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein: Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2020: Im Zeichen von Kurzarbeit und Corona-Pandemie, IMK Report Nr. 170, August 2021

[Link zur Studie](#)

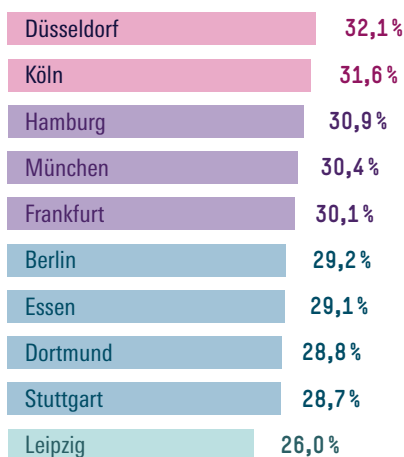
Mehr als zwei Millionen Mieter in prekärer Lage

Fast 13 Prozent der Mieterhaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung. Besonders für Menschen mit geringen Einkommen gibt es in Großstädten viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

Die hohe Mietbelastung bringt knapp 1,1 Millionen oder 12,9 Prozent aller Mieterhaushalte in deutschen Großstädten in eine sehr prekäre Lage. Diesen Haushalten mit rund 2,1 Millionen Menschen bleibt weniger als das im Sozialrecht festgelegte Existenzminimum übrig, nachdem sie Miete und Nebenkosten bezahlt haben. Dabei sind eventuelle Sozialtransfers und Wohngeld bereits berücksichtigt.

Wo die Mietbelastung hoch ist

In den 10 größten Städten beträgt der durchschnittliche Anteil der Bruttowarmmiete am Nettoeinkommen ...



Quelle: Holm 2021

Hans Bäckler
Stiftung

Das ist das Ergebnis einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie der Berliner Humboldt-Universität. Ein Forschungsteam um den Stadtsoziologen Andrej Holm hat dafür die neuesten verfügbaren Daten aus dem Mikrozensus 2018 ausgewertet. „Die Wohnverhältnisse sind nicht nur Ausdruck, sondern selbst Faktor der sozialen Ungleichheit in unseren Städ-

ten. Die ohnehin schon bestehende Einkommenspolarisierung wird durch die Mietzahlung verstärkt. Und: Wohnen kann arm machen“, resümieren die Forscher.

Besonders stark betroffen sind Haushalte von Alleinerziehenden: In dieser Gruppe bleibt einem Viertel nur ein Resteinkommen unterhalb des ALG-II-Regelbedarfs beziehungsweise des Existenzminimums. Gleichzeitig verstärken hohe Wohnkosten die Einkommensspreizung in den Großstädten deutlich: Mieterhaushalte der höchsten Einkommensklasse haben vor Abzug von Warmmiete und Nebenkosten im Mittel 4,4-mal so viel monatliches Nettoeinkommen wie die Haushalte der niedrigsten Einkommensklasse. Nach Zahlung der Bruttowarmmiete steigt dieser Faktor auf das 6,7-fache. Grund dafür: Ärmere Haushalte müssen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden, obwohl

sie in kleineren und schlechter ausgestatteten Wohnungen leben.

Die Studie liefert Detailanalysen zur Wohnsituation der insgesamt rund 8,4 Millionen Mieterhaushalte in den deutschen Großstädten. Zudem zeigt sie für alle 77 Großstädte, wie gut oder schlecht die ansässige Bevölkerung mit für sie in Preis und Größe angemessenen Wohnungen versorgt ist. Zentrale Faktoren sind dabei sowohl die lokale Miethöhe als auch das Einkommensniveau.

Jede zweite Wohnung zu klein oder zu teuer

Sowohl in Städten mit schwieriger wirtschaftlicher Situation als auch in relativ wohlhabenden Städten mit hohen Mieten gibt es viele Menschen, deren Mietbelastung zu hoch ist. Besonders prekär ist die Lage in Bremerhaven, Recklinghausen, Krefeld, Saarbrücken, Aachen, Darmstadt, Wiesbaden oder Düsseldorf. Vergleichsweise gut schneiden Chemnitz, Dresden, Koblenz, Leipzig, Ingolstadt, Erfurt, Bottrop oder Magdeburg ab. Bei den Metropolen ist die Situation vor allem in Hamburg München und Köln kritisch. Bundesweit ist gut jede zweite Wohnung in Großstädten für ihre Bewohner entweder zu klein oder zu teuer, gemessen an der im Sozialrecht als angemessen geltenden Quadratmeterzahl und daran, dass nicht mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für die Bruttowarmmiete ausgegeben werden sollten. Bei Sozialwissenschaftlern wie bei Immobilienexperten gilt eine Mietbelastungsquote oberhalb von 30 Prozent als problematisch, weil dann – insbesondere bei niedrigerem Einkommen – nur noch wenig Geld zum Leben übrigbleibt. Auch viele Vermieter ziehen hier eine Grenze, weil sie zweifeln, dass Mieter mit weniger Einkommen sich ihre Wohnung dauerhaft leisten können.

Die neue Untersuchung ergänzt eine Mitte Juni veröffentlichte Studie. Darin hatten die Wissenschaftler unter anderem gezeigt, dass 49,2 Prozent der Haushalte, die in Deutschlands Großstädten zur Miete wohnen, mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben müssen, um ihre Bruttowarmmiete zu bezahlen. Gut ein Viertel von ihnen in den 77 deutschen Großstädten muss sogar mindestens 40 Prozent des Einkommens für Warmmiete und Nebenkosten aufwenden.

In den vergangenen Jahren ist die durchschnittliche Mietbelastung zwar etwas zurückgegangen, weil auch bei Großstädtern die Einkommen stärker stiegen als die Wohnkosten. Dabei zeigen sich aber soziale Unterschiede: Für viele ärmere Haushalte entspannte sich die Situation kaum. Neun von zehn Haushalten in Großstädten, die an der Armutsgrenze leben, geben mehr als 30 Prozent ihres Netto-

einkommens fürs Wohnen aus. Das bedeutet: Besonders für Menschen mit geringen Einkommen gibt es in Großstädten viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

Arme haben weniger Platz

Hinzu kommt, dass Geringverdiener pro Kopf nur 38 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung haben. Dabei sind Räume wie Küchen oder Bäder bei Mehrpersonenhaushalten anteilig eingerechnet. Im Durchschnitt aller Großstadthaushalte beträgt die Wohnfläche pro Kopf 45 Quadratmeter. In Mieterhaushalten mit hohem Einkommen sind es 51 Quadratmeter. Wenig überraschend steht Paaren mit Kindern mit 27 Quadratmetern die geringste Pro-Kopf-Wohnfläche zur Verfügung. Es folgen Alleinerziehende mit 33 Quadratmetern, Paare ohne Kinder mit 40 Quadratmetern und Alleinstehende mit 56 Quadratmetern. Zugleich weisen Alleinlebende und Alleinerziehende mit durchschnittlich gut 34 Prozent vom Nettoeinkommen die höchsten Mietbelastungsquoten auf.

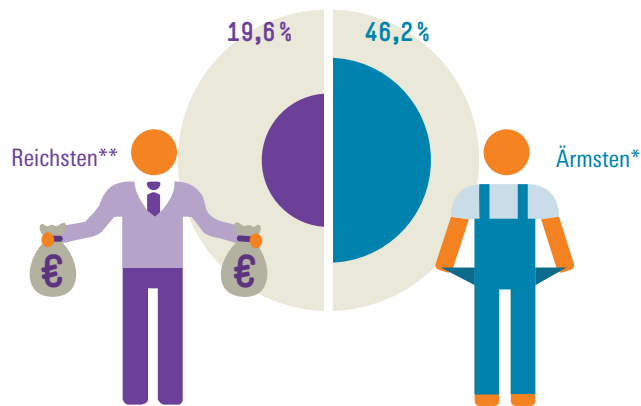
Die etwa 2,6 Millionen Mieterhaushalte mit Migrationshintergrund haben im Mittel geringere Wohnflächen und etwas höhere Mietbelastungsquoten, was unter anderem an niedrigeren Einkommen liegt. Während Haushalte ohne Migrationshintergrund im Mittel auf 50 Quadratmetern Wohnfläche pro Person leben, sind es bei den Haushalten mit Migrationshintergrund nur 34 Quadratmeter. Trotz der kleineren Wohnungen müssen sie mit einer mittleren Mietbelastung von 30,6 Prozent einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Wohnkosten ausgeben als Haushalte ohne Migrationshintergrund, deren Mietkostenbelastung bei 29,4 Prozent liegt.

Neubau allein reicht nicht

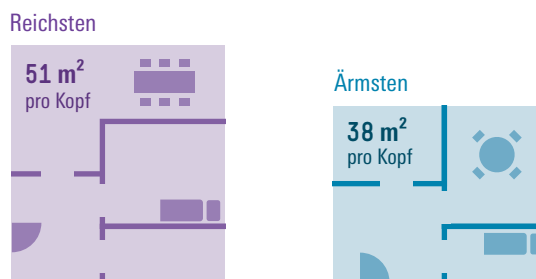
Mieterhaushalte mit niedrigen Einkommen wohnen häufiger in Gebäuden, die zwischen 1919 und 1978 errichtet worden sind. In Neubauten, die seit der Jahrtausendwende gebaut wurden, sind ärmere Haushalte deutlich unterrepräsentiert. Das zeigt einerseits den Rückzug des sozialen Wohnungsbaus in den letzten Jahrzehnten. Andererseits macht es nach Analyse der Forschenden generell deutlich, dass verstärkter Neubau von günstigen Wohnungen zwar wichtig zur Linderung der Wohnungsnot ist, aber nicht der einzige Ansatz sein kann: „Für die große Mehrzahl der Bevölkerung werden die Wohnverhältnisse nicht von den Neubauaktivitäten, sondern vom Umgang mit dem Wohnungsbestand und den Mietpreisregulierungen in diesen Wohnungen bestimmt.“

Hohe Mietbelastung und weniger Platz für die Ärmsten

So hoch ist in Großstädten der Anteil der Bruttowarmmiete am Nettoeinkommen bei den ...



So viel Wohnfläche haben im Schnitt die ...



In seit der Jahrtausendwende neu gebauten Häusern wohnen von den ...



* Mieterhaushalte mit einem Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens

** Mieterhaushalte mit einem Nettoeinkommen von mehr als 140 Prozent des Medianeinkommens

Quelle: Holm 2021

Hans Böckler
Stiftung

Um die Wohnungsprobleme in den deutschen Großstädten zu lindern, wäre nach Analyse der Forschenden ein deutlich größeres Angebot an Wohnungen mit einer Bruttowarmmiete von maximal 9 Euro pro Quadratmeter nötig. Das entspricht einer Nettokaltmiete von höchstens 6,35 Euro. Insbesondere kleine Wohnungen für Singles werden benötigt. Aktuell bräuchten 1,4 Millionen Großstadthaushalte eine Wohnung dieser Mietpreisklasse, um eine ihrem Einkommen angemessene Bleibe zu haben, tatsächlich wohnen sie teurer. Wollte man diese Lücke durch den Neubau von Sozialwohnungen schließen, würde das nach Berechnung der Stadtsoziologen beim aktuellen Förderumfang fast 60 Jahre dauern. <

Quelle: Andrej Holm, Valentin Regnault, Max Sprengholz, Meret Stephan: Muster sozialer Ungleichheit der Wohnversorgung in deutschen Großstädten, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 222, August 2021 [Link zur Studie](#)

Weniger Job-Angst, aber hohe Unzufriedenheit

Für viele Deutsche haben sich die finanzielle und die familiäre Situation zuletzt entspannt. Die Sorgen um den sozialen Zusammenhalt sind jedoch nach wie vor groß.

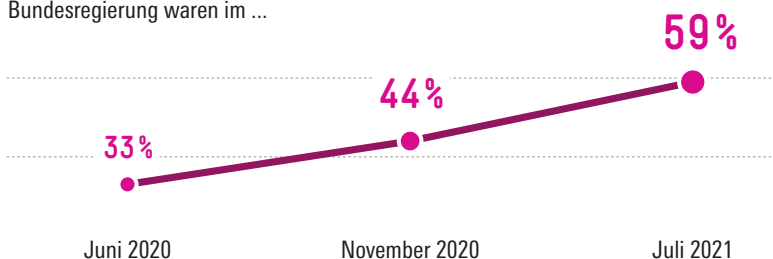
Viele Erwerbstätige in Deutschland erleben den zweiten Corona-Sommer mit sehr gemischten Gefühlen. Einerseits fürchteten im Juli 2021 weniger Menschen als im Winter 2020, wegen der Pandemie ihre Arbeit zu verlieren. Andererseits ist die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Politik gestiegen. Das zeigt die neue Welle der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung. Dafür wurden von Ende Juni bis Mitte Juli 5047 Erwerbstätige und Arbeitssuchende zu ihrer Lebenssituation interviewt.

Die Quote derjenigen, die wegen der Pandemie um ihren Arbeitsplatz fürchteten, ist von 13 Prozent im November 2020 auf 8 Prozent im Juli 2021 gesunken. Der Anteil derer, die die aktuelle Situation familiär, finanziell oder an ihrem Arbeitsplatz als belastend empfinden, ist ebenfalls in den vergangenen Monaten zurückgegangen und hat sich auf dem Niveau des Sommers 2020 eingependelt. Zugleich äußerten sich 59 Prozent der im Juli Befragten unzufrieden über die Krisenpolitik der Bundesregierung. Und fast unverändert jeweils knapp 90 Prozent der Befragten machen sich Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und befürchten eine steigende soziale Ungleichheit.

„Der erhoffte Sommer der Befreiung ist für viele ausgeblieben, die Gesellschaft verharrt im Zwiespalt“, fasst Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI, die Ergebnisse zusammen. „Schaut man auf die allgemeinen Statistiken zur Wirtschaftsentwicklung oder zu Impfquoten, arbeitet sich Deutschland aus der Krise. Aber bei etlichen Menschen kommt dieser Fortschritt nicht voll an.“ So setzt sich etwa der Trend fort, dass Erwerbspersonen, die schon vor der Krise wirtschaftlich schlechter gestellt waren, während der Pandemie auch noch häufiger an Einkommen eingebüßt haben. <

Die Unzufriedenheit wächst

Unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung waren im ...



Quelle: Erwerbspersonenbefragung der HBS 2021

Hans Böckler
Stiftung

AUSZUBILDENDE

Stärkere Tarifbindung und höhere Vergütung nötig

Die Spannweite der in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen reicht von 325 Euro pro Monat, die Auszubildende im thüringischen Friseurhandwerk im ersten Ausbildungsjahr erhalten, bis zu 1580 Euro im westdeutschen Bauhauptgewerbe, mit denen Auszubildende im vierten Ausbildungsjahr vergütet werden. Das zeigt eine Auswertung von 20 ausgewählten Tarifbranchen, die das Tarifarchiv des WSI erstellt hat. „Die großen Unterschiede haben vor allem etwas mit der unterschiedlichen Verhandlungsposition der Gewerkschaften zu tun, da die Ausbildungsvergütungen in der Regel im Rahmen der allgemeinen Lohnverhandlungen vereinbart werden“, sagt Thorsten Schulten, Leiter des WSI-Tarifarchivs.

In mehreren Tarifbranchen liegen die Vergütungen im ersten Ausbildungsjahr oberhalb von 1000 Euro pro Monat: im öffentlichen Dienst, in der chemischen Industrie, der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg und in Sachsen, dem Versicherungsgewerbe, dem Bankgewerbe sowie bei der Deutschen Bahn.

Die höchste Vergütung unter den untersuchten Branchen wird für Pflegeberufe gezahlt, die mittlerweile innerhalb der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes über gesonderte Regelungen verfügen. Die Vergütung im ersten Jahr liegt hier bei monatlich 1166 Euro (Bund und Gemeinden) beziehungsweise 1161 Euro (Länder). Allerdings gelten diese Bedingungen verbindlich nur für öffentliche Einrich-

tungen, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst oder den Tarifvertrag der Länder fallen.

Die geringsten Ausbildungsvergütungen werden im Bäckerhandwerk, in der Floristik und im Friseurhandwerk gezahlt. „Nach wie vor gibt es eine Reihe von Branchen mit sehr niedrigen Ausbildungsvergütungen“, erläutert Schulten. „Nach der Corona-Pandemie besteht gerade dort die Gefahr, dass sich über kurz oder lang nicht mehr genügend junge Leute für eine Ausbildung interessieren und sich der Fachkräftemangel immer weiter verschärft. Deshalb ist gerade in den klassischen Niedriglohnbereichen eine Stärkung der Tarifbindung und eine deutliche Aufwertung von Löhnen und Ausbildungsvergütungen nötig.“ <



Mehr CSR dank Mitbestimmung

Mitbestimmung im Aufsichtsrat erhöht die Chance, dass sich Unternehmen glaubhaft zur Einhaltung sozialer oder ökologischer Ziele verpflichten. Das belegt eine Studie, die wir im Rahmen der Kampagne „Mitbestimmung sichert Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung vorstellen.

Wenn Konzerne ankündigen, Verantwortung für die Gesellschaft oder die Umwelt zu übernehmen, nennt man das Corporate Social Responsibility (CSR). Ob es dazu kommt, hängt auch davon ab, inwieweit Beschäftigte im Aufsichtsrat mitreden können. Das zeigen Robert Scholz und Sigurt Vitols vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung.

Die Sozialwissenschaftler haben Daten von 96 deutschen Unternehmen aus den Jahren 2006 bis 2014 ausgewertet. Mithilfe des von ihnen entwickelten Mitbestimmungsindex MB-ix haben sie erhoben, wie stark Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten im Aufsichtsrat institutionell verankert sind. Zudem wurden verschiedene Dimensionen der CSR-Politik erfasst. Dabei unterscheiden Scholz und Vitols zwischen symbolischen Praktiken, die einen eher „zeremoniellen“ Charakter haben und vor allem auf öffentliche Sichtbarkeit abzielen, und substanziellen Maßnahmen, die auf der operativen Ebene zu messbaren Änderungen führen. Zur ersten Kategorie gehören mündliche Bekenntnisse zu gesellschaftlicher Verantwortung,

die Manager in der Öffentlichkeit ablegen, und eine bloße Mitgliedschaft im UN Global Compact, die mit wenig konkreten Verpflichtungen einhergeht. Die zweite Kategorie umfasst spezifische Ziele für die Emissionsreduktion, separate Berichterstattung zu CSR oder Nachhaltigkeit und Beschäftigungsgarantien.

Eindeutiger Zusammenhang

Den Berechnungen der Wissenschaftler zufolge besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Stärke der Mitbestimmung und substanzieller CSR-Politik. Das gilt auch dann, wenn andere Faktoren wie Umsatz und Rendite der Unternehmen, die Eigentümerverhältnisse oder Branchenunterschiede herausgerechnet werden. Auf symbolische CSR-Praktiken wirkt sich Mitbestimmung dagegen nicht signifikant aus. Scholz und Vitols erklären das mit den Interessen der Arbeitnehmerschaft: Während

Beschäftigte von nachhaltiger Produktion, weniger Umweltbelastung am Arbeitsplatz oder mehr Jobsicherheit unmittelbar profitieren, haben sie wenig Anreiz, sich für bloße Imagepflege einzusetzen. <

Quelle: Robert Scholz, Sigurt Vitols: Co-determination: a driving force for Corporate Social Responsibility in German companies? WZB Discussion Paper SP III 2018-304, November 2018
[Link zur Studie](#)



MEHR INFORMATIONEN

Hier geht es zur Kampagne der Hans-Böckler-Stiftung:
www.mitbestimmung-sichert-zukunft.de

Soziale Konzerne?

Deutsche Unternehmen* tun sich hervor durch ...



*u. a. aus Dax, MDax, SDax, TecDax; Quelle: Scholz, Vitols 2018

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Silke Böllinger

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei

www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm

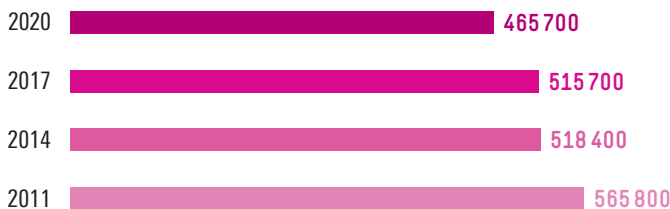
Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

CORONAKRISE

So wenige Ausbildungsverträge wie nie

Die Coronakrise hat zu einem starken Rückgang der Zahl neuer Ausbildungsverträge geführt: Insgesamt haben im Jahr 2020 nur 465 700 Personen in Deutschland einen Ausbildungsvertrag in der dualen Berufsausbildung abgeschlossen. Das waren 47600 oder 9,3 Prozent weniger als im Jahr 2019. Es war der größte prozentuale Rückgang seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1977. Dabei war die Zahl der Auszubildenden bereits vor der Pandemie gesunken.

So hoch war die Zahl der neuen Auszubildenden ...



Quelle: Destatis, August 2021 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Wieder weniger ausländische Fachkräfte

Die Zahl der Neuanträge zur Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses betrug ...

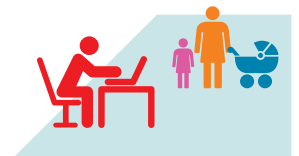
2020	42 000
2019	43 100
2018	39 100
2017	35 900
2016	32 400

Quelle: Destatis, August 2021 [Link zur Studie](#)

GLEICHSTELLUNG

Rollenbilder wieder konservativer

Die Corona-Pandemie hat bei einigen Eltern die Ansichten zu Geschlechterrollen verändert, wie eine Studie von DIW und FU Berlin zeigt. So vertraten vor der Pandemie rund 60 Prozent der Väter mit jungen Kindern im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen sehr egalitäre Ansichten. Dieser Wert ist innerhalb weniger Monate auf 54 Prozent gesunken. Die Coronakrise habe die Arbeitsteilung in Familien verändert, oftmals zulasten der Erwerbstätigkeit von Müttern, erklären die Forscherinnen. Dies habe vor allem Väter in Westdeutschland veranlasst, zu einem traditionelleren Rollenverständnis zurückzukehren.



Quelle: DIW, August 2021 [Link zur Studie](#)

ARBEITSWELT

Hitze führt zu mehr Arbeitsunfällen

Mit steigenden Temperaturen nimmt auch die Zahl der Arbeitsunfälle deutlich zu. Das zeigt eine Studie der University of California und der Stanford University. Die Forscher haben Wetterdaten und Statistiken der Arbeits- und Unfallversicherung in Kalifornien für die Jahre 2001 bis 2018 untersucht. Dabei zeigt sich: Bei Außentemperaturen von über 32 Grad steigt das Verletzungsrisiko am Arbeitsplatz um 9 Prozent, bei Temperaturen von über 37 Grad sogar um 15 Prozent. Die Wissenschaftler schätzen, dass im untersuchten Zeitraum insgesamt 20 000 Unfälle pro Jahr auf hohe Temperaturen zurückzuführen sind. In den amtlichen Statistiken werde die Zahl der hitzebedingten Arbeitsunfälle massiv unterschätzt.



Quelle: IZA, Juli 2021 [Link zur Studie](#)